

Bern

Wenn Ausländer mitsprechen dürfen

Die Berner Ausländermotion droht zu einem unbenutzten Instrument zu werden. Denn wenn Ausländer mit der Politik zufrieden sind, verzichten sie auf ihre Rechte, wie der Extremfall Luxemburg beweist.

von Michel Witzel

Die Berner Ausländermotion beruht auf Spekulationen. Die Gemeinderäte, unter ihnen GB-Präsidentin Corinne Aellen-Moser, scheitern mit diesem Antrag auf die Integration der Ausländer in Bern. Doch wird die ausländische Bevölkerung der Stadt Bern dieses Recht überhaupt in Anspruch nehmen? Ein ähnliches Minderheitsinstrument, der Ausländervertrag von Burgdorf, wurde bereits mit seiner Einführung im Jahr 2000 auch nie genutzt.

Während sich in Bern Unterstützung und Gegen der Ausländermotion konzentriert gegenüberstehen, ist das Grossherzogtum Luxemburg bereits einen Schritt weiter. Seit 2009 können Ausländer - sofern sie EU-Bürger sind - hier nicht nur an den Gemeinderatswahlen teilnehmen (aktives Wahlrecht), sie dürfen sich sogar als Kandidaten wählen lassen (passives Wahlrecht). Doch handelt es sich hierbei nicht um einen Abbau des Grossherzogtums, sondern um eine neue Wahlrechtsreform, die die politische Partizipation der ausländischen Bevölkerung in Luxemburg fördern soll. Im Jahr 2009, als das Land das aktive Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger eingetraglich gemacht hat.

Wahlbürger in der Minderheit

Insgesamt wissen sehr wenige Ausländer etwas von der Wahlrecht in Europa im Allgemeinen. Das Jahrbuch machtens die Ausländer (5,3 Prozent der Bevölkerung des Landes aus. In der Hauptstadt des Grossherzogtums waren sogar 49 Prozent der Bevölkerung Ausländer, die Luxemburger sind dort aber eine Minderheit. Jedoch ist überraschend, dass die Ausländer auf ihre politischen Rechte nicht unbedingt verzichten. In den letzten Gemeinderatswahlen 2009 machten nur 27 Prozent von ihnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Kapitell Kien, Präsidentin der Eidgenossenschaft, stellt drei wesentliche Gründe für die politische Aktivität der Ausländer dar: Erstens zeigen, dass die Ausländer ein wirtschaftliches Wohlstand mitbringen können, ihre Lebenssituation als gut empfinden und so nicht den Druck haben, auf politische Ebene etwas zu verändern. - Einige gehen an, dass auf Luxemburgisch geführten politischen Debatten nicht folgen zu können. Ein anderer Grund ist, dass Ausländer, vor allem wenn sie aus grossen Ländern stammen, die Gemeinderatspolitik als nicht so bedeutsam wahrnehmen.

Wieder beschreibt den steigenden Partizipationswert als wirtschaftliche.



In Luxemburg dürfen Ausländer ab 2009 abstimmen und kandidieren. Foto: Free Press/Reuters

Es verwendet also nicht, dass die Parteien des Wahlrechtes in mehreren Sprachen veröffentlicht und so gezielt die ausländischen Wählergruppen ansprechen.

Probleme machen der hohen Ausländeranteil nicht. In der Luxemburg gehören, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, vornehmlich weil wir in unserer Geschichte schon immer einen starken Kontakt zum Ausland hatten und auch erkennen, dass wir in unserem kleinen Land Ausländer brauchen, so Witzel.

Unverständnis aus Luxemburg

Dass Ausländer auf Gemeinderatsstufe das aktive und passive Wahlrecht haben, wird heute nicht mehr selbstverständlich betrachtet, weil sich die Regeln von 2009 nicht bewährt haben. Dennoch wurde festgestellt, dass Parteien vorziehen würden, auf denen nur eine Nation vertreten sei, obwohl das ja nicht geschaffen. Ausländer sind in allen Luxemburger Parteien anerkannt, sagt Witzel. Das Wahlrecht für Ausländer habe ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf den Gebrauch der luxemburgischen Sprache in der Politik gehabt, so Kien.

Dennoch ist die politische Partizipation der Ausländer ganz wieder das wichtigste Gesprächsthema in Luxemburg. Denn am 7. Juni, eine Woche vor der Abstimmung über die Ausländermotion in Bern, muss die Luxemburger Bevölkerung entscheiden, ob Ausländer auch an

den nationalen Parlamentswahlen abstimmen dürfen. Hier wird über Themen wie Identität, Staatsbürgerschaft und Demokratie diskutiert.

In Bern geht es bei der Vorlage zur Ausländermotion jedoch nicht um die Einführung eines Wahlrechts. Verweise können Ausländer, die 200 Unterstützung gesammelt haben, der Vorlage im Stadtrat vorlegen. Die Initiative von Schütz zum grossen Publikum erreichen muss über Anträge oder Abstimmung. Wenn die die Initiative angeht, ist aus Luxemburger Sicht nicht nachvollziehbar.

Ausländerstimmrecht in den Schweizer Kantonen

«Kantönlicheist» gegenüber Ausländern

Auch in einigen Gemeinden und Kantonen der Schweiz dürfen Ausländer abstimmen und sich wählen lassen. Dabei ist die Westschweiz offener als die Deutschschweiz.

Das Resultat im September 2000 war deutlich: 72 Prozent der Wählerinnen im Kanton Bern sagten Nein zur Initiative «ohne Alter» - ohne stimmen. Damit wurde dem Ausländern das Wahlrecht in allen Berner Gemeinden verweigert. Andere Kantone - insbesondere in der Westschweiz - erlauben ihrer ausländischen Bevölkerung ein Mitspracherecht.

In dem Kanton Neuchâtel, Jura, Waadt und Fribourg dürfen die Ausländer auf Gemeinderatsstufe nicht nur abstimmen, sondern sich auch wählen lassen - die Bedingungen hierfür sind je nach Kanton unterschiedlich. Im Kanton

Jura dürfen Ausländer auch in die Exekutive gewählt werden, das Amt des Gemeindepräsidenten bleibt aber den Schweizern vorbehalten. In dem Kanton Graubünden haben Ausländer das Recht zu wählen, Kandidat sein dürfen sie nicht, so die Informationen der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM). Dem Gemeinderat in dem Kanton Appenzell Aargauischen, Graubünden und Basel-Stadt lassen die Stadt Basel nicht zu, ein Ausländerstimment zu ermöglichen.

Einzig in dem Kanton Jura und Neuchâtel dürfen Ausländer auf kommunaler Ebene abstimmen und wählen, schreibt die EKM. Im Jahr 2000 haben Bürger dafür mit mindestens 600 Ja-Stimmen in der Schweiz leben, damit ein Jahr im Jahr. In Neuchâtel müssen die ausländischen Wähler eine Niederlassungsbewilligung vorweisen und seit mindestens fünf Jahren in diesem Kanton leben. (sda)

Neuer Anlauf für Krone-Areal in Muri

Nach einem Jahrzehnt Funkstille sucht der Krone-Eigentümer einen Landkäufer.

6700-Quadratmeter «Bündel an Beton-Lagen, die verknüpft mit dem Wettbewerb sind». So liess es in einem Internet-Forum vom Freitag. Die Initiative er schien unter Chiffre, doch der Hinweis auf die «10 Kronepark 90» weist, dass es sich um das frühere Centre sportif Krone an der Thônstrasse handelt.

Das Restaurant ist seit 2014 geschlossen. 2009 hatte es dort grosse Pläne gegeben. Die Landesregierung für zehnjährige Leasing diese Kläber sollte entstehen, die den Kläber an die nächste Generation übergeben werden sollen. Für die Parzelle sollte die Gemeinde eine Übernahmevereinbarung, in der festgeschrieben war, was um die als erhaltenswert eingestufte Krone aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gebaut werden darf. Das baurechtliche Projekt lag vor, das aber nie realisiert wurde.

Der Eigentümer, der im Hintergrund stehen will, sagt auf Anfrage, sei dem Internet nach ein etwas Kläber, der die damalige Projekte erfüllen. Er stelle nicht unter Druck, sagt der ehemalige Krone-Wirt, sondern wolle abklären, wie gross das Interesse sei. Mit dem Projekt sei es damals nicht gelungen, wie er gewillt habe, deshalb habe er es auf Eis gelegt. In diesem gegeben habe ihm, dass es dem Workshop-Gespräch zur Verfügung, die die Gemeinde Muri wollte mit Interessierten durchgeführt sein, jemand von einem Grundstück bei der Krone erworben haben. Als Kaufinteressent wolle er das bestmögliche Land der gültigen 10-Krone-Wiese das aber auch gar nicht möglich. (sda)

Einsatz von Soldaten: Gewerbe nicht konkurrenziert

Der Einsatz von WK-Soldaten für eine Waldrodung im Haslital hat nach Ansicht des Bundesrats das einheimische Gewerbe nicht konkurrenziert. Der Einsatz diene als Ausgleich für die Lärmbelastung der Region durch den Militärflugplatz Unterbach. Die Rodungsarbeiten hatten vergangenen Januar für böses Blut bei lokalen Forstunternehmern gesorgt. Die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt wollte daraufhin vom Bundesrat Näheres zu dem Einsatz wissen. In ihrer gestern veröffentlichten Antwort hält die Landesregierung fest, dass zum Zeitpunkt des Entscheids über das Unterstützungsgesuch keine Konkurrenz zu einem Unternehmen bestand. Die Rodungsarbeiten erfolgten im Zusammenhang mit dem Neubau eines Kraftwerks der Kraftwerke Oberhasli (KWO). (sda)

orchimed
MEDIZINISCH-KOSMETISCHES INSTITUT

- Hautstraffung - ohne OP
- Fettdepot reduzieren - ohne OP
- Cellulite glätten - ohne OP

Die schmerzfreie Behandlung mit neuester Technologie aus den USA Venus Legacy™ und Powershape™ body contouring bringen mit Radiofrequenz-, Magnetfeld-Impulsen und intensiver Tiefenmassage sofort deutlich sichtbare und messbare Ergebnisse.

Das Volumen der Fettzellen wird signifikant reduziert, die Haut sanft gestrafft und verjüngt. Falten und Cellulite werden eindrücklich geglättet. Extrem kurze Behandlungsdauer in angenehmem Ambiente, keine Ausfallzeit!

Vereinbaren Sie ein kostenloses Beratungsgespräch! 031 / 822 00 33
Neuengasse 8 / 3011 Bern
www.orchimed.ch

Bikinizeit ist Übermorgen!

Schenken Sie sich für den kommenden Sommer ein straffes Gesicht / einen straffen Bauch / einen straffen Po oder straffe und schlanke Beine!

Venus Legacy™ boomt zurzeit in Hollywood, Las Vegas, Hongkong, Bangkok und Singapur.

Neu - jetzt für SE und auch für HN in Bern!